

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei treuer Zahlung des Monats für Berlin 8.50 M., bei auswärtiger Zahlung, wenn der Postboten selbst abholt 1.— M., für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Befehlskarten entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 12.50 M., für das übrige Ausland 14.— M., einschließlich Postgebühren, per Brief für Deutschland und Österreich 20.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N 23, G. E. Hoffmannsbaum 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 833-30 und 9765.

Die achtzehnjährigen Hauptausgabe über deren Namen steht 1.— M., einschließlich Centralpostgebühr. Kleinanzeigen: Das erste Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1.50 M., einschließlich Centralpostgebühr. Kunden Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 1.20 M. netto pro Zeile. Stellenangebote in Westpreußen: das erste Heft 1.50 M., jedes weitere Heft 1.— M., in Ostpreußen: das erste Heft 1.50 M., jedes weitere Heft 1.— M. Fernsprecher: Amt Norden 833-30, Buchhandlung Zentrum 2645 „Freiheit“-Verlagsdruckerei Zentrum 1030.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Niederlage der Reichsregierung.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes erzwungen!

Die bürgerlichen Parteien haben, zum Teil unterstützt von den Rechtssozialisten, die vorletzte Sitzung der Nationalversammlung zur Injizierung eines nationalistischen Rumors für die Zwecke ihrer Wahlmode benutzt. Auf Veranlassung der Regierung war von den Frauen der Nationalversammlung eine Interpellation über die Verwendung der schwarzen Truppen in den besetzten Gebieten eingebracht worden. Die Vertreterin der Interpellation, die rechtssozialistische Abgeordnete Frau Nöhl, und der Außenminister Köster haben sich in klammernder Unterstützung und mit Worten tönenden Protestes gegen die von den schwarzen Truppen verübten Greuelthaten. Niemand wird diese Greuelthaten aufheben wollen. Aber der Außenminister Köster kam, wenn auch ungewollt, der Wahrheit am nächsten als er erklärte, die Frage der besetzten Gebiete ist eines der dunkelsten Kapitel der Weltgeschichte. Es wäre gut gewesen, wenn er hinzugefügt hätte, daß er dabei an die Erfahrungen gedacht hat, die er als Kriegsberichterstatter in besetzten Belgien sammeln konnte.

Die Genossin Ziehl erklärte, daß unsere Partei aufs Schärfste diese Greuelthaten verurteile. Ebenso sehr wie die von weißen Truppen verübten. Sie betonte aber auch, daß diese Greuel die Folge feindlichen Militarismus seien, und daß auch die deutschen Soldaten im Kriege nicht frei von dieser Schuld gewesen wären.

Dieser Schuld gewesen wären. Die Verantwortlichkeit war nicht notwendig um der Gerechtigkeit und der geschichtlichen Wahrheit willen, sondern auch, um den Protest bei den Neutralen nicht als hohles und geistlos erscheinend zu lassen. Denn nur das Eingeständnis der Verantwortlichkeit auf der eigenen Seite ist das Recht zu solchen Protesten geben. Die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten beweisen, daß es ihnen nicht auf die Wirkungen dieses Protestes auf das Ausland ankommt, sondern lediglich um ihre Wohlinteressen zu tun war. Denn sie tobten und schrien wie rasend, und die bürgerlichen Parteien verließen geschlossen den Saal, selbst ein Teil der Rechtssozialisten schloß sich an. Sie beweisen mit diesem Verhalten nicht nur, daß ihnen geschichtliche Wahrheit und Gerechtigkeit nichts gilt, sondern auch, daß sie diesen Protest lediglich für ihre Wahlinteressen und zu neuer nationalistischer Aufreizung und Völkerverhetzung erhoben hatten.

Aber noch eine neue Gelegenheit, ihre politische Unrichtigkeit zu beweisen, sollte den bürgerlichen Parteien nicht erspart bleiben. Der Genosse Henke begründete den Antrag unserer Fraktion auf Aufhebung des Belagerungszustandes, indem er darauf hinwies, wie vornehmlich in Bayern, aber auch an anderen Orten der Belagerungszustand von der Regierung für die Zwecke der Wahlmode ausgenutzt werde. Die Rechtssozialisten schlossen sich unserem Antrage an. Da erschien der Herr Reichsminister Koch und erklärte, daß die Reichsregierung eine Verantwortung für die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht übernehmen könne. Nun enthüllten die bürgerlichen Parteien ihr wahres Gesicht. Die Demokraten, die Hüter des Parlamentarismus, schenken sich nicht, von ihrem Vertreter erklären zu lassen, daß sie mit der Vornahme der Wahlen unter dem Belagerungszustand einverstanden seien und die Aufhebung ablehnten. Vom Zentrum wogte gar der Arbeitersekretär Büsing die Anhebung des Wahlrechts unter dem Belagerungszustand zu verteidigen. Die Arbeiterkassette, vor allen Dingen die Anhebung des Wahlrechts unter dem Belagerungszustand zu verteidigen. Die Arbeiterkassette, vor allen Dingen die Anhebung des Wahlrechts unter dem Belagerungszustand zu verteidigen.

Hamburg. Da die Deutschnationalen dem zweideutigen Spiel, denn auch sie haben als Oppositionspartei natürlich ein Interesse an der Aufhebung des Belagerungszustandes, die Hälfte ihrer Fraktion vorsichtigerweise nicht im Saale hatten, so konstatierte der Präsident die Annahme des Antrages. Das Ende des Belagerungszustandes war da, und Herr Koch machte ein Gesicht, als ob man ihm bereits das Wahlergebnis der kommenden Wahlen für seine Partei mitgeteilt habe.

Die politische Situation ist völlig. Die Regierung ist auf Grund der Verfassung verpflichtet, den Belagerungszustand nunmehr unverszüglich in allen Teilen des Reiches aufzuheben. Der Artikel 48 der Reichsverfassung besagt: „Die Maßnahmen (des Ausnahmezustandes) sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.“ Nun hilft kein Drehen und kein Deuten. Die Regierung hat keine Wahl. Nicht einmal Rücktritt könnte sie vor der Ausführung des Verlangens der Nationalversammlung retten. Aufhebung des Belagerungszustandes oder offener Verfassungsbruch, so nur ist die Frage gestellt.

Die Regierung hätte sich diese Situation ersparen können. Warnende Stimmen genug sind in den letzten Wochen laut geworden. Selbst in der allernächsten Umgebung der Reichsregierung. Nicht nur der Volkepräsident Richter und der auf Grund seiner Kenntnisse zuständige Mann, der Staatskommissar für öffentliche Ordnung haben sich Tag für Tag beim Reichspräsidenten und der Reichsregierung für die Aufhebung des Belagerungszustandes eingesetzt. Auch die preussische Regierung hat durch den Ministerpräsidenten Brauns sich beim Reichspräsidenten für die Aufhebung des Belagerungszustandes eingesetzt. Wenn die Regierung heute durch die Nichtachtung dieser Warnungen sich die große Niederlage zugezogen hat, die in jedem wirklich parlamentarisch regierten Lande den Rücktritt dieser Regierung bedeuten würde, so mag sie sich bei denjenigen Verantwortlichen bedanken, die wie der Unterstaatssekretär Albert in der Reichskasse und der Unterstaatssekretär Dewald im Reichsministerium des Innern ihren Einfluß dazu ausübten, um die Minister in die reaktionäre Bahn zu lenken.

Wenn die Reichsregierung versuchen sollte, sich der Erfüllung des Beschlusses der Nationalversammlung zu entziehen, wenn es Wahrheit werden sollte, daß sie, wie sie mitteilen läßt, morgen eine Erklärung gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes in der Nationalversammlung abgeben wird, so mag sie sich der Last der Verantwortung bewußt sein, daß sie vor den deutschen Wählern darüber wird Rechenschaft geben müssen, daß sie sich nicht geschüt hat, in dem Augenblick, in dem die Demokratie gegen sie entschieden hat, diese von ihr so hochgepriesene Demokratie zu misshandeln und zu verböhen.

Der Verlauf der Sitzung. Die Verwendung farbiger Truppen.

Die Regierung erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation Löbe (Rechtslog.) und Genossen betreffend die Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten bereit.

Hr. Frau Koch (Rechtslog.): Der Interpellation haben sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen angeschlossen. In einer Zeit, wo wir in Frieden auskommen zu können meinen, muß uns die Verwendung schwarzer Truppen aufs tiefste empören. Wir wenden uns nicht gegen die schwarzen Menschen als solche, aber wir wissen, daß die Sitten und Gebräuche bei uns im Abendlande eben andere sind. Die entsetzlichen, traurigen und schauderhaften Verbrechen, die zu unserer Kenntnis gekommen sind, zwingen uns dazu,

stimmenden Protest zu erheben. Sie sind so groß, daß man sich fräut, darüber nachzudenken und nur ungern davon spricht. Selbst Schulmädchen, die in Begleitung ihrer Lehrerinnen Ausflüge machten, mußten vor Marokkanern, die sie zu überfallen drohten, flüchten. Ich wiederhole, daß wir die Schuld nicht diesen schwarzen Menschen selbst zuweisen, aber ihren weichen Kitzeln, den Belagern

und Franzosen, die die Kultur und die Moral des Abendlandes kennen müssen. Frankreich und Belgien sind und bleiben deshalb die Schuldigen. Wir richten den dringenden Appell an die Regierung, alles zu tun, um die betreffenden Länder von dieser Gefahr zu befreien. Und wir wenden uns an alle Frauen der Welt, daß sie uns unterstützen.

Minister Dr. Köster:

Die gänztigen Meinungen der letzten Tage über die Lokalisierung der farbigen Truppen beantwortet sich leider nicht. Auch für die deutsche Regierung handelt es sich nicht um einen Kampfsatz gegen die Schwarzen an sich, sondern um die Verteidigung der bedrohten deutschen Sitten und Kultur. Die fortgesetzten Gewalttätigkeiten, die Ermordung harmloser Bürger, Vergewaltigung von Frauen, Mädchen und Knaben, das riesenhafte Anwachsen der Prostitution, die Einbringung zahlreicher Verbrechen auch in den neutralen Städten, sowie die rapide Verbreitung von Geschlechtskrankheiten stellen eine Politik Frankreichs gegen Deutschland dar, die man nur als eine rücksichtslose Fortsetzung der Kriegsführung im Frieden bezeichnen kann. Vielmehr machen die aus Amerika, England, Schweden und Norwegen kommenden Proteste etwas mehr Eindruck als die immer wiederholten deutschen Einprüche. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit der Welt, wir wenden uns an den Völkerverbund, um unsere Brüder im Westen von diesem fürchterlichen Joch zu befreien.

Genossin Ziehl:

Die vorgetragenen Entschuldigungsversuche sind bestialische Abscheulichkeiten, die wir nicht nur, sondern auch die von Sachigen begangen werden, sondern wir verurteilen sie überall, wo sie vorkommen und von wem sie immer verübt werden. Das steht fest, daß überall dort, wo Militär längere Zeit stationiert ist, über jegliche Sittlichkeitsgesetze hinweg und durch alle brutalen Instanzen einer Welt hinter uns hergehen Verbrechen.

Wir fordern deshalb nicht nur die Beseitigung der farbigen Befahrung, sondern wir fordern die

Beseitigung der Befahrung

Abschaffung, und wir wissen, daß dies darin mit unseren französischen und englischen Genossen, die den Kampf gegen ihren Militarismus und Imperialismus genau so führen wie wir den Kampf gegen unseren Militarismus und Imperialismus. Wie die Regierung in der Frage der Auslieferung der Kriegsschuldigen eine Abänderung des Friedensvertrages erreicht hat, wird die Regierung auch in der Befahrungfrage etwas erreichen, wenn Deutschland nur das an den Dingen die Bestimmungen des Friedensvertrages, die sich im vollen Umfange erfüllen würde, die sich auf die Stärke unserer militärischen Truppen und darauf beziehen, daß in das neutrale Gebiet, nicht mehr Truppen entsandt werden, als gestattet sind. Der Kampf unserer Parteigenossen in Frankreich und England, der darauf hinauszielt, die Bestimmungen des Friedensvertrages zu mildern, würde die Befahrung des Friedensvertrages in Deutschland die Regierung eine eindeutige Haltung in der Frage der Abrüstung einnehmen würde.

Die Interpellanten, die sich jetzt mit Recht gegen die Abscheulichkeiten im besetzten Gebiet wenden, haben kein Wort des Protestes gefunden, als in Deutschland unsere eigenen Landvolker die verheerenden Abscheulichkeiten gegen die deutschen Frauen begangen haben.

Ich habe in Weimar den lebhaftesten Wunsch, die weiblichen Abgeordneten dazu zu bekommen, daß sie sich in einem Protest gegen die weissen Russen und Sittlichkeitsvergehen der deutschen Soldaten gegen deutsche Frauen vereinen möchten. Unsere deutschen Truppen im Ausland haben in Frankreich, in Belgien, in Rußland in der fürchterlichsten Weise gehandelt und gerade auf dem Gebiet der Sittlichkeit. Dagegen haben Sie kein Wort, aber wenn es sich darum handelt, gegen andere vorzugehen und dabei

in Rußen- und Völkerverbund zu machen, dann haben Sie Worte.

Das schmerzliche, erfordert die Gerechtigkeit, die historische Wahrheit. (Abgeordneter Bruchhoff: Das ist eine ungeschickliche Gemeinheit!) — Das mag sein, in Ihren Augen. (Genosse Henke — Glücke des Präsidenten.) Der Präsident rügt die Konjunktur des Abg. Bruchhoff.

Dieser Kampf gegen die sittlichen Verfehlungen deutscher Soldaten ist nicht erst jetzt nach diesem Kriege geführt worden, sondern auch nach dem Kriege 1870/71 und nach dem Sinojapanischen Kriege nach China.

Damals ist nachgewiesen worden, daß in China von den deutschen Behörden Verbrechen geschahen und chinesische Frauen in

Die Treppe hinaufgeputzt.

Die Laufbahn eines Hochverraters.

Generalmajor von Lohberg ist an Stelle des kassierten Generals von Watter zum Kommandeur des 6. Wehrkreis-Kommandos in Münster ernannt worden. Damit hat die Regierung an die Stelle eines unzuverlässigen Generals einen noch viel unzuverlässigeren gesetzt. Lohberg war bisher Ober des Generalsstabes beim Reichswehrgruppen-Kommando XI in Cassel. Er hat am 13. März zusammen mit dem General v. Schiller durch einen öffentlichen Erlass des Kapp-Verbrechens begrüßt und es abgelehnt, für die verfassungsmäßige Regierung irgendeine Erklärung abzugeben. Ein Extrablatt, in dem der Abgeordnete Scheidemann die Truppen daran erinnerte, daß sie der aus Berlin verjagten Regierung die Treue gelobt hätten und daß sie diese Treue auch halten müßten, wurde von General Lohberg verboten. Er hat mit Lüttich und Maeder in bauernde telephonischer Verbindung gestanden und den rechtssozialistischen Vertretern, die das Wehrkreis-Kommando zu einer klaren Stellungnahme für die alte Regierung veranlassen wollten, die Bedingung gestellt, daß eine Koalitionsregierung gebildet werden müsse, an der auch die Lüttich-Verbrecher teilnehmen sollten. Andernfalls würde es unbedingt zum Bürgerkrieg kommen.

Dabei verhielt Herr Lohberg ausdrücklich, daß sich das Reichswehrgruppen-Kommando weigern würde, gegen Berlin zu marschieren, weil man ihm nicht zumuten könnte, gegen Männer zu kämpfen, mit denen man gemeinsam vor dem Feind gestanden habe. Würde von Kasse ein berechtigter Befehl erteilt, so würde er, der General Lohberg und das Reichswehrgruppen-Kommando II, sofort zur neuen Regierung überzutreten. Der Regierung ist das Material, das gegen Lohberg vorliegt, ganz genau bekannt. Aber anstatt ein Verfahren wegen Hochverrats bzw. der Beihilfe dazu gegen ihn einzuleiten, wird Herr Lohberg zum kommandierenden General befördert. Der Hochverratsparagraf hat also in Deutschland nur noch Gültigkeit, wenn es gilt, ihn gegen einen Arbeiter anzuwenden.

Die Reaktion in Württemberg.

Die U. S. D. Groß-Stuttgarter hatte am Donnerstag, den 20. Mai eine Demonstration gegen die Erbrechtliche Sowjetisierung veranstaltet. Aus den Großbetrieben Daimler, Bosch und Eisemann und aus den Cantarier-Unternehmungen kamen die Massen nach Weinstadt. In geschlossenen Zügen mit Plakaten und roten Fahnen auf den Marktplatz einmarschierend, um ihren einheitslichen Willen gegen die internationale Konterrevolution zu manifestieren. Über 20 000 Menschen fanden Platz auf dem Marktplatz und in den Zugangsstraßen.

Am Vormittag hatten der ehemalige Redakteur des „Wahren Jakob“, der rechtssozialistische Minister Heilmann, durch Ausdrückung einer alten Ministerialverfugung auf Plakaten darauf hingewiesen, daß Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und ähnliche Ausgebungen innerhalb bewohnter Ortschaften in sämtlichen Gemeinden nach wie vor verboten sind. Genosse Böttcher geistete in seiner Rede unter lebhafter Zustimmung dieses Verbot und wandte sich dann in scharfen Worten gegen die Reaktion in Württemberg. In diesem Augenblick erschienen von zwei Seiten her die Schutztruppen Heilmanns in geschlossenen Kolonnen und begannen mit aufgeschlagenem Seitengewehr und mit Maschinengewehren gegen die Menge vorzugehen. Die Massen gerieten in ungeheure Erregung, und nur mit großer Mühe gelang es, den Abzug nach der freigelassenen Seite ohne Blutvergießen durchzuführen. Langsam gegen sich die Demonstranten vor den sich nachdrängenden Reichswehrtruppen zurück. Wenn es nicht zu Blutvergießen gekommen ist, so ist das nur der Disziplin der organisierten Arbeiterschaft zu danken. Nur mühsam gelang es, die demonstrierenden Massen von den dicht folgenden Truppen loszulassen. Die Zugänge zum Markt sind mit Drahtverhau und mit Postenketten abgesperrt. In der ganze Stadt herrscht gewaltige Erregung, da die jungen 18-19-jährigen Burken mit Gummiknüppeln und Reizgasen ausgerüstet sind. Verletzungen sind Mischhandlungen und Verhaftungen vorgekommen.

In der Stadtverordnetenversammlung am Abend erklärte Oberbürgermeister Lautenschlager, daß er von dem Vorgang nicht unterrichtet worden sei. In der Stadt herrscht nur eine Stimme der Enttäuschung gegenüber diesem verbrecherischen, bewaffneten Vorgehen gegen friedliche Demonstranten. Die innere Stadt ist mit Maschinengewehren und durch Postenketten abgesperrt. Das Telephon unseres Parteibüros war am Vormittag durch das Militärministerium gesperrt, und überwacht worden. Der Vorfall ist um so schändlicher, als erst vor 4 Tagen eine große sportliche Veranstaltung auf dem Marktplatz stattgefunden hat, ohne daß dagegen jemand etwas eingewendet gehabt hätte.

Fort mit der Militärjustiz.

Noch immer Bestrafungen gegen Kriegsteilnehmer.

Die Militärjustiz soll nach einer Vorlage der Regierung endlich abgeschafft werden. Das betreffende Gesetz fand bereits am Mittwoch vor der Nationalversammlung in zweiter Lesung zur Beratung. Es ist fraglich, ob das Gesetz bei der heutigen letzten Sitzung der Nationalversammlung angenommen wird, da das Haus nicht beschlußfähig sein dürfte. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit und eine ausgesprochene Frucht der rechtssozialistischen Koalitionspolitik, daß die Militärjustiz nicht schon längst beseitigt worden ist. Die Regierung ist immer wieder vor den Drohungen der Generale zu Knechte getreten, denn diese wollen die Militärjustiz unbedingt am Leben erhalten, weil sie ein vorzügliches Instrument zur Aufrechterhaltung der militärischen Vorkherrschaft ist.

Die Militärgerichte haben während des Krieges und auch nach dem Zusammenbruch geradezu schauerliche Taten vollbracht. Sie haben durch ihre Urteile die Anstalten, die Gefängnisse und die Festungen geradezu überfüllt. Noch heute schmachtet Hunderttausende wegen irgendeines geringen Vergehens monatelang in Untersuchungshaft, weil die Militärgerichte die Arbeiter nicht bewältigen können. Sie sind peinlich darauf bedacht, daß auch das kleinste Vergehen eine strenge Strafe findet und wühlen sogar die kleinsten und Strafbücher des Feldheeres durch, um heute noch ehemalige Kriegsteilnehmer für strafbare Handlungen verantwortlich zu machen, die lange vor dem Zusammenbruch begangen worden sind und die dem Gesetz gemäß unter die Amnestie fallen.

So hat am 15. Mai das Kriegsgericht in Münster einen ehemaligen Leutnant zu drei Monaten Gefängnis

und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt, weil er am 10. Juli 1918 aus einem Lazarett desertiert war. Dieses Urteil stellt einen glatten Rechtsbruch dar, und wir fordern von der Regierung, daß sie das Urteil sofort rückgängig macht. Es ist überhaupt ein dringendes Gebot der Stunde, daß die Urteile der Kriegsgerichte samt und sonders einer nachmaligen Prüfung unterzogen werden, und zwar auch diejenigen, die während des Weltkrieges gefällt worden sind. In Frankreich ist eine beratende Einrichtung geschaffen worden und die mit der Prüfung betrauten Instanzen haben dort bisher schon 2700 Urteile beanstandet, durch die zu Unrecht ebenfalls französische Soldaten erschossen worden sind. Auch in Deutschland können schauerliche Dinge ans Tageslicht, wenn eine ähnliche Kontrollinstanz wie in Frankreich eingesetzt würde.

Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre!

Heute Freitag, abends 7 Uhr, findet im großen Saal der Volkshauserei, Fildesstr. 2, die letzte Versammlung der aus dem Boden der U. S. D. stehenden Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsvertrauensleute statt, und zwar

für die gesamte Holzindustrie

Tageordnung: Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Vertrauensmänner-Ausweis und Mitgliedsbuch der Partei und der Gewerkschaften legitimiert. Ohne diese kein Zutritt.

Der Wahlschutz der U. S. D. Groß-Berlin.

Das Ende der Klassenjustiz im Ruhrrevier.

In der Revision der Rechtsprechung, die die außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet geübt haben, und zu der die Regierung sich infolge unseres Anlagematerials hat entschließen müssen, erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Die Verordnung, die der Reichspräsident im Einverständnis mit dem Reichskabinett dem Reichskommissar in Münster hat gegeben, besagt, wie bereits mitgeteilt, daß alle Verfahren gegen diejenigen, die im gutem Glauben in der Abwehr gegen den Kapp-Putsch strafbare Handlungen begangen haben, sofort niedergelassen und die Verfahren aus der Haft zu entlassen sind. Das bedeutet juristisch, daß nicht etwa der Angeklagte seinen guten Glauben nachzuweisen hat, sondern daß die Staatsanwaltschaft die Aufgabe hat, ihn nachzuweisen, daß er nicht in gutem Glauben gehandelt hat. Dadurch wird eine sofortige Erleichterung sehr vieler Verfahren erreicht werden. Alle aus diesen Gründen Verhafteten sind so schnell als möglich aus der Haft zu entlassen. Bis zum 20. Mai hat der Reichskommissar dem Reichspräsidenten Bericht zu erstatten, wieviele Angeklagte sich noch in Haft befinden. Alle Haftangelegenheiten, die bis zum 1. Juni, also binnen 12 Tagen, nicht erledigt sind, sind zur persönlichen Entscheidung dem Oberstaatsanwalt Schwederski vorzulegen, der bestimmen wird, ob eine Aufrechterhaltung der Haft oder eine Haftentlassung statzfinden hat.

Diese Konzeption kennzeichnet deutlich die Angst, mit der die Regierung kurz vor den Wahlen dem Bekanntwerden der ungeheuerlichen Klassenjustiz gegenübersteht, die dort in ihrem Kinstage und unter ihrer Verantwortung verübt wird. Aber auch diese Konzeptionen haben ihre nicht gelöst; sie hat sich vor der großen parlamentarischen Niederlage nicht bewahren können. Der Beschluß der Nationalversammlung, den Belagerungszustand aufzuheben, zwingt die Regierung endlich zu einschneidenden Maßnahmen und beseitigt Kriegsgerichte und Schandjustiz, militärische Zwangsorgane mit einem Schlags.

Der Lohn der Verfassungstreuen.

Nicht nur im Ruhrrevier unter dem Belagerungszustand über Reaktion und Militarismus ihre Rache an der Arbeiterschaft, die ihren Ruch zusehender gemacht hat. Der nachstehende Strafbefehl zeigt, wie man auch in Thüringen mit Hilfe der sogenannten Rechtsprechung die ungeheuerlichsten Urteile gegen die Arbeiter erteilt, die mit der Waffe den Ruch der deutschnationalen Reaktionäre abgewehrt haben.

Geschäftsnummer 4 C 226/20.

Auf den Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 14. März 1920 in Langensalza unbefugt ein Gewehr getragen zu haben, Vergehen gegen die Verfassung des Reiches, Strafbefehl vom 13. März 1920 und des Regierungspräsidenten vom 18. Januar 1920, wofür als Beweismittel bezeichnet ist: Geständnis, eine Gefängnisstrafe von drei Wochen festgesetzt.

Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gerichte schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erheben.

Die unten berechneten Kosten sind in die hiesige Gerichtskasse binnen einer Woche nach dem Eintritte der Vollstreckbarkeit bei Vermeidung der Zwangsverfügung zu zahlen. Bei der Zahlung ist dieser Strafbefehl vorzulegen oder durch Angabe Ihres Namens und der Geschäftsnummer genau zu bezeichnen. Langensalza, den 13. April 1920.

Das Amtsgericht
Gd. W. F. J. M. A. N.

Ausgefertigt:
Richter, Amtsgerichtspräsident.
An den Richter Herrn Friedrich Loppel, hier.

Rosenstr. 10.
4.00 M.

Drei Wochen Gefängnis wegen „unbefugten Waffentragens“. Das ist der Lohn der Regierung.

An 82 Arbeiter ist dieser Strafbefehl ergangen!

Selbstam Oberpräsident in Hannover. Als Nachfolger für den ausgeschiedenen rechtsstehenden Oberpräsidenten von Hannover, Richter, ist nunmehr der rechtssozialistische Abgeordnete Sidelum aufbesetzen worden. Der neue Regierungspräsident von Hannover wird der demokratischen Partei, die Regierungspräsident von Süddeutschland dem Zentrum entnommen werden.

Die Häufung der demissionierten Intendanten in Kuppeln, die früher in Palastina wohnten, ist nach einer amtlichen englischen Auslassung im Unterhaus noch immer nicht geregelt worden.

Warnung vor einem Sozialpöbel.

Wir erhalten von einem Vertrauensmann der Ungarischen Kommunistischen Partei folgende Zuschrift:

Gegenwärtig befindet sich in Berlin ein junger Mann, der sich unter dem Namen A. Schuster als ungarischer Flüchtling ausblüht. Er gibt an, er sei Mitglied der Ungarischen Kommunistischen Partei und sucht Anschluss an die U. S. D., um in unsere Parteiorgane Artikel zu bringen über die Tschechoslowakei und die ungarische Arbeiterbewegung und so das Vertrauen der deutschen Genossen zu erzielen. Ich erkläre den Genossen zur Orientierung folgendes:

A. Schuster ist kein Mitglied der Ungarischen Kommunistischen Partei und heißt in Wirklichkeit Kanasz György. Alle deutschen Genossen, die unsere Parteiliteratur über die ungarische Revolution gelesen haben, wird dieser Name wohl bekannt sein als allerniederträchtigster Parteiverrat. Er war im Jahre 1918 in Moskau ein intimes Mitglied der ungarischen Gruppe. Er ist im selben Jahre mit dem Genossen Bela Khusa nach Budapest gekommen und hat dort bei der Gründung der kommunistischen Partei und weiterhin in der ganzen Parteibewegung eine große Rolle gespielt. Er war auf Grund seiner Leistungen in Russland in alle intimen Angelegenheiten der Partei, auch in Ungarn, eingeweiht. Am 21. Februar 1919 hatte die bürgerliche Regierung die ganze kommunistische Parteileitung verhaftet, darunter auch den Kanasz György. Der ungarische Parteichef (der des Kanasz György Onkel ist), hat ihm größere Summen Geld, Freilassung und Ausreisemöglichkeiten nach dem Auslande angeboten, wenn er die Parteigeheimnisse zu verraten bereit ist. Und Kanasz ist dieses abscheuliche Geschäft eingegangen. Er hat nicht nur die Parteigeheimnisse und die Tätigkeit der schon verhafteten Genossen der Polizei verraten, sondern noch viele auf freiem Fuß gewesene führende Genossen verhaften lassen. Der Lohn für diesen Verrat war, daß man ihn freigelassen und kontraktmäßig von der Polizei nach dem Auslande geschoben hat, wo er seinen Verrat noch durch mehrere Zeitungsartikel und Flugblätter gegen den Kommunismus geübt hat.

In diesem Sinne hatte er auch noch während der Rätezeit, wie auch nachdem in der Tschechoslowakei gehandelt.

Ich bitte alle Organisationen der U. S. D. nicht nur ihre Mitglieder vor diesem Kanasz György zu warnen, sondern auch allen anderen Arbeiterparteien über denselben Mitteilungen zu machen. Der Kanasz György ist im Alter von 24 bis 25 Jahren, mittelgroß, trägt lange schwarze Haare. Als besonderes Kennzeichen ist zu beachten: Er hält den Kopf dauernd schief. Spricht außer der ungarischen Sprache sehr gut deutsch und russisch.

Die Gegenoffensive Sowjetlands.

DA, Kopenhagen, 19. Mai.

Die Bolschewiken melden erweiterte Angriffe auf dem linken Dnjeprufer, 5 Kilometer südwestlich von Kiew. Ein Moskauer Funkbericht gibt offiziell bekannt, daß in der Gegend von Kiew die Bolschewiken beträchtliches Terrain zurückgewonnen haben. Die Polen wurden auf das rechte Ufer der Dnepr zurückgeworfen. Damit stimmen die Nachrichten aus dem polnischen Hauptquartier nicht ganz überein. Diese Mitteilungen besagen, daß die Bolschewiken häufige Angriffe auf die Kiew beherrschenden Höhen unternommen haben, aber zurückgewiesen wurden. Sie erlitten große Verluste. An der Duna unternahmen fünf neue rote Divisionen Sturmangriffe. Aus den widersprechenden Nachrichten der beiden kämpfenden Parteien scheint mit Sicherheit nur soviel hervorzugehen, daß die russische Gegenoffensive bereits in vollem Gange ist.

Das Handelsabkommen zwischen Schweden und Sowjetrußland.

Stockholm, 20. Mai.

Ueber das Handelsabkommen zwischen einem Konsortium von 15 schwedischen Firmen und Krasin liegen jetzt ausführlichere Mitteilungen vor. Nach langen Verhandlungen mit der Sowjetregierung wurde am 16. Mai eine neue Vertrag unterzeichnet, doch scheint die endgültige Zustimmung Moskaus noch zu fehlen. Die Hauptvertragspunkte sind folgende: Der russische Genossenschaftsverband bestellt bei dem Konsortium für 25 Millionen schwedische Goldkronen Waren, wie z. B. Maschinen, Werkzeugen, Sensen usw., die innerhalb von vier Monaten zu liefern sind. Darüber hinaus sieht der Vertrag weitere Warenlieferungen im Werte von 5 Millionen Goldkronen monatlich für einen Zeitraum von 14 Monaten vor. Grundsätzlich sollen die schwedischen Waren mit russischen Waren bezahlt werden. Als Sicherheit für die Bezahlung und als Abwicklungsrücklage werden für den russischen Vertragsanteil binnen 14 Tagen bei schwedischen Banken 25 Millionen Kronen in Gold hinterlegt.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverbindungen.

Paris, 20. Mai.

Der französische Handelsminister hat mit: Der Meinungsaustausch, den die deutsche Regierung vorgeschlagen und Ministerpräsident Millerand angenommen hat, um die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverbindungen zu ermöglichen, wird heute in Paris begonnen. Von Vorhöl bei den Verhandlungen wird Handelsminister Isaac führen. Auf deutscher Seite führt den Vorhöl der deutsche Geschäftsmann Dr. Meyer.

Vom französischen Verleumdert.

Paris, 20. Mai.

Nach Schluß der gestrigen Beratungen des Nationalrates der Gewerkschaften wurde der Führer der Verleumdert, Generalsekretär Bonbouffeu, verhaftet. Bei den Beratungen hat er sich für die Fortsetzung des Streikes ausgesprochen.

Die Bau des englischen Weltkapitalismus.

Amsterdam, 20. Mai.

Am englischen Unterhaus riefte ein Mitglied an den Präsidenten des Handelsamtes eine Besondere über die Deutschland im Friedensvertrag vorgeschriebene Bezahlung eines Gläubiger-Hauses zur Regelung der feindlichen Schulden. Ein Vertreter der Regierung antwortete, eine solche Mitteilung über die Bezahlung eines solchen Gläubiger-Hauses sei eingegangen und die erste Serie britischer Forderungen, zusammen 81 500 an Zahl, sei durch das englische Gläubigeramt am 12. Mai nach Berlin gefandt worden.

Die Gefangenenheimkehr aus Russland. Der Dampfer Sochland wurde mit den ersten deutschen Ausreisenden aus Ostibirien trifft am 22. Mai in Brunsbüttel ein. Der große Dampfer mit heimkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen aus Sowjetrußland wird am 21. Mai in Stettin erwartet.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission zur Betriebsrätefrage.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat folgenden Plan zum Aufbau einer Betriebsräteorganisation ausgearbeitet, der bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Betriebsrätezentrale und der Gewerkschaftskommission als Grundlage dienen soll. Der Entwurf lautet:

Resolutionen.

Die wirtschaftlichen und politischen Katastrophen mit ihren vollverderbenden und kulturzerstörenden Folgen resultieren aus der kapitalistischen Gesellschaft. Daher wird die Arbeiterklasse, solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, in ihrer Lebenshaltung von den kapitalistischen Verelendungstendenzen bedroht. In Erwägung, daß die Arbeiterklasse mit dem Ringen gegen die kapitalistischen Verelendungstendenzen zugleich den Kampf um die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung führen muß, damit die Grundlagen dieser Klassengesellschaft beseitigt werden und planmäßig organisierte sozialistische Gesellschaft herbeigeführt wird, müssen diese Kämpfe bewußt und zielklar gemeinsam von den revolutionären proletarischen Organisationen der Gewerkschaften, der Räte und der Parteien geführt werden. Daher ergeben sich als Aufgaben für die Betriebsräte in ihrem Zusammenwirken mit Gewerkschaften und Parteien:

1. die sozialistische Auffassung der Arbeiterschaft,
2. der planvolle Kampf um die Eroberung
 - a) des Rechtes der Einstellung und Entlassung der Arbeiter und Angestellten,
 - b) der Mitbestimmung bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen,
 - c) der völligen Bilanz- und Inventurpflicht,
 - d) der Mitbestimmung bei der Produktion in Art und Qualität,
 - e) der Mitbestimmung bei der Rationalisation.

Da diese Aufgaben nur erfüllt werden können, wenn die Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten reiflos erfasst sind und deren Aktionskraft bis zur denkbar größten Stärke gesteigert wird, erachtet es der Ausschuss für notwendig, daß die Betriebsräte von den Gewerkschaften erfasst werden.

Doch nicht als Funktionäre der einzelnen Gewerkschaften, sondern in Industriegruppen, wobei der Betrieb und nicht der Beruf des einzelnen entscheidend sein muß.

Der Ausschuss glaubt hierdurch nicht nur die Betriebsräte, sondern auch die Gewerkschaften zu Kräften des Sozialkampfes und zu dessen Kampforganen zu machen, die gesamte Arbeiterschaft zu dem großen Kampfe völlig vorzubereiten und zur Machtwortnahme zu erziehen.

Um diese Mindestforderungen durchzuführen zu können, beschloß die Berliner Gewerkschaftskommission die Errichtung eines Rätesekretariats, unter gleichzeitiger Veranlassung eines die einheitliche Kampfführung ermöglichenden Organisationsentwurfs, der alle bestehenden Rätezentralen auf sich aufbaut, um hier mitzuwirken, da kein Ueberblich an organisatorischen Kräften vorhanden und ein Erfolg nur bei einheitlicher Organisation verbürgt ist.

Der Ausschuss fordert dieses um so mehr, da er glaubt, daß im Kampfe um diese Mindestforderungen alle sich ehlich in den Dienst der Arbeiterbewegung stellen, unbeschadet ihrer sonstigen politischen Meinungsverschiedenheit, einig und geschlossen handeln müssen.

Organisationsaufbau der Betriebsräte.

Die Berliner Gewerkschaftskommission beschließt im Anschluß an ihre prinzipielle Erklärung folgenden Organisationsaufbau zur Betriebsräteorganisation für Berlin und das Reich:

- I.
 - a) Die Zusammenfassung aller Betriebsräte (Arbeiter- und Angestelltenräte) erfolgt auf der Grundlage der Industrie-

gruppen, wobei nicht der Beruf, sondern der Betrieb für die Zugehörigkeit zur Gruppe ausschlaggebend ist. Unbeschadet dessen haben die Gewerkschaften nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, zur Erledigung von Berufs- und Bildungsfragen ihre Betriebsräte zusammenzubringen.

Die Zusammenfassung der Betriebsräte erfolgt durch die Ortsausschüsse der Berliner Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften nach folgenden Industriegruppen:

1. Bank- und Handelsvertrieb.
2. Bauvertrieb, Steinindustrie.
3. Bekleidungs- und Textilindustrie.
4. Chemische Industrie.
5. Freie Berufe.
6. Graphische Gewerbe und Papierindustrie.
7. Holzindustrie.
8. Landwirtschaft.
9. Lebens- und Genussmittelindustrie.
10. Lederindustrie.
11. Metallindustrie.
12. Staatliche und kommunale Behörden und Institute.
13. Verleze.
14. Bergbau, Hütten, Salinen, Torfgräberien.

Entscheidend über die Zuteilung zu einer Industriegruppe Zweifel, so soll nach der in der Anlage gegebenen Einteilung verfahren werden.

b) Leitung der Berliner Betriebsräteorganisation. Jede der in Absatz a genannten Industriegruppen wählt eine der Stärke entsprechende Gruppenleitung. Die Obleute der Gruppenleitung bilden die Betriebsräte-Zentrale der Berliner Gewerkschaften.

Die Berliner Betriebsräte-Zentrale entscheidet in allen technischen und organisatorischen Fragen vollständig selbständig. In den Sitzungen der Betriebsräte-Zentrale nehmen mit beratender Stimme teil:

1. Die angestellten Sekretäre der Betriebsräte-Zentrale.
2. Die gleiche Anzahl Mitglieder der Ortsausschüsse der Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften.

Zum Zwecke der Ausführung der Beschlüsse der Betriebsräte-Zentrale wird von der Berliner Gewerkschaftskommission ein Betriebsräte-Sekretariat errichtet.

Die Wahl der Sekretäre erfolgt durch die Betriebsräte nach dem Grundsatz der Verhältniswahl. Erfolgt die Einigung durch Aufzählung aller bestehenden Betriebsräte-Zentralen und der Anschluß an das Betriebsräte-Sekretariat der Gewerkschaftskommission, so werden fünf Sekretäre gewählt.

c) Wirtschaftliche Richtlinien und Aktionen. Bei der Aufstellung von wirtschaftlichen Richtlinien und bei Vornahme von wirtschaftlichen Aktionen, die sich aus dem Aufgabensatz der Betriebsräte ergeben, haben beratende und beschließende Stimme:

- a) Die Mitglieder der Betriebsräte-Zentrale und die Sekretäre der Betriebsräte-Zentrale;
- b) die gleiche Anzahl Mitglieder des Ortsausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission und der Räte.

d) Politische Richtlinien und Aktionen. Bei der Aufstellung von politischen Richtlinien und bei Vornahme von politischen Aktionen, die sich aus den wirtschaftlichen Kämpfen ergeben, haben beratende und beschließende Stimme:

- a) die unter c Genannten,
- b) 18 Vertreter der politischen Parteien (S. P. D., U. S. P. D., R. P. D.) entsprechend ihrem Stärkeverhältnis bei der Wahl der Sekretäre.

II. Zentrale.

Die Berliner Gewerkschaftskommission errichtet ein provisorisches Zentral-Sekretariat für die Betriebsräte Deutschlands bis zum Stillfinden des sofort zusammenzubehenden ersten Betriebsräte-Kongresses Deutschlands.

Die Aufgaben dieser provisorischen Zentrale sind:

- a) Die Vorbereitungen zur Wahl des Betriebsräte-Kongresses.
- b) Die Aufforderung an die einzelnen Ortsausschüsse der Gewerkschaften und Angestellten-Organisationen in den einzelnen Orten zur Errichtung einer gleichartigen Organisation. (Siehe Anhang I.)
- c) Die Beschaffung von und Vorsehung mit dem notwendigen Material für die Betriebsräte Deutschlands.

Um eine möglichst allgemeine Erfassung bei dem Betriebsräte-Kongress zu ermöglichen, wird diese Zentrale beauftragt mit drei Berufen, und zwar je einen von der S. P. D., U. S. P. D. und R. P. D. Die Berliner Gewerkschaftskommission schlägt als Vor-

stehenden den Genossen Däumig und mit gleichen Rechten beieinander die Kollegen Drolat (S. P. D.) und Paul Dange (R. P. D.) vor.

III. Der erste Kongress der Betriebsräte.

Die Aufstellung der Tagesordnung und die Bestellung der Referenten erfolgt gemeinschaftlich von der Berliner Betriebsräte-Zentrale mit ihrem Beirat, den zentralen Parteileitungen der S. P. D., U. S. P. D. und R. P. D., dem geschäftsführenden Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem geschäftsführenden Ausschuss der Räte.

IV. Finanzierung der Berliner Betriebsräte-Zentrale.

Zur Aufbringung der Kosten für die Betriebsräte-Zentrale beschließt die Berliner Gewerkschaftskommission, daß durch Umlageverfahren pro Mitglied und Jahr 1 R. zu erheben sind.

Ueber die Finanzierung des Zentralrats der Betriebsräte Deutschlands entscheidet der Betriebsräte-Kongress. Die vorläufigen Ausgaben deckt die Berliner Gewerkschaftskommission.

Wir fordern die Betriebe auf, zu unserem Vorschlag und Organisationsentwurf Stellung zu nehmen. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin u. Umgegendes. R. u. S.

In dem vorliegenden Entwurf erblicken wir nicht nur eine brauchbare Grundlage für die von einem großen Teil der Berliner Arbeiterschaft gewünschten Verhandlungen zwischen Gewerkschaftskommission und Betriebsrätezentrale, sondern wir begrüßen die Vorlage als einen Weg zur Lösung des Problems der Organisation der Betriebsräte. Die Organisation erfolgt nach dem Entwurf im Rahmen der Gewerkschaftsorganisationen, ohne indes die Betriebsräte zu Funktionären des gewerkschaftlichen Organisationskörpers, zu einer Stufe im System der Bürokratie zu machen. Der vorgeschlagene Aufbau hat den Vorzug, daß er der Arbeiterschaft die selbständige Räteorganisation bringt, die aber in jener engen Verbindung mit den Gewerkschaften steht, die unerlässlich ist, wenn beide Organisationen ungestört nebeneinander als Einheit bestehen sollen. Durch diese enge Fühlung wurzelt die Betriebsräteorganisation in den Massenverbänden der Arbeiterschaft, in den Gewerkschaften, während eine völlig isolierte Räteorganisation nur eine Zusammenfassung von Körperlichkeiten wäre, die sich ständig in Gefahr befindet, den Boden zu verlieren. Die Wiederholung nach Industriegruppen bürgt zugleich dafür, daß die Betriebsräte nicht im Kleinram der beruflichen Gewerkschaftsarbeit versinken, sondern daß ihr Augenmerk stets auf das Interesse der Arbeiterklasse, auf das Wirtschaftsganze, auf das sozialistische Ziel und den geraden Weg zu ihm, den Weg des Klassenkampfes, gerichtet ist.

Durch diesen festen Halt in den Massen und durch die Freiheit, die es der Räteorganisation erlaubt, ungebremmt von Anstanzenzwang ihre Bewegungsgesehe selbst zu schreiben, ist auch die Gefahr beseitigt, daß die Betriebsräte zu Hilfsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaften und ihrer Zwecke erniedrigt werden. Denn während die Räte bei der vorgeschlagenen Organisationsform ihre Kraft aus den Massen schöpfen und Organe des Klassenkampfes werden, sind die Arbeitsgemeinschaften Mitglieder der höchsten Instanzenstufen. Zwischen beiden Organisationserscheinungen besteht somit eine Kluft, die unüberbrückbar ist. Daß kein kleinlicher Bürokratismus bei der Abfassung des Entwurfs maßgebend war, zeigt auch die Anregung zur Einberufung eines Reichskongresses der Betriebsräte.

Wir hoffen, daß die Berliner Arbeiterschaft nach sorgfältiger Prüfung des Planes in ihm den Boden für den Aufbau und die Machtmacht für die Arbeit der Betriebsräteorganisation erblicken wird.

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

„Bist leb?“ fragte erstaunt der Sternsteinhofer. Wer soll's denn bestimmen, wann nit ich?“

„Du nit! Dich will ich nit! Brauch' dich auch nicht z'mollen!“ fuhr der Käsbiermartei schreiend fort. „Sör' nich an! Hör's mich an, Manner! Mich reut's wie viel ich Haar o'm Kopf hab'; ich weiß eb' selten, mit dem häit' ich's schon gar nit soll'n, mit'm Sternsteinhofer nit, der is gar fein! Schier gib ich mein' Bett' verlor'n, aber soll'n d'Noß hin sein, soll'n d'jungen Jahr' von meiner Dirn' verwickelt sein, hilt' verläreht' ich mich dem Betteweß mit Haut und Haar'n, ob er mir wohl will oder übel! Hat der Toni's eine z'entfendeiden, so soll er auch's andere, sagt er: ja, so soll er auch sag'n: wann! Dös is nit mehr wie billig!“

„Dös is auch nur billig,“ sagten die Beisitzer. Der Sternsteinhofer erhob sich. „Das ganze Geschrei und Getue häit' dir ersparen können. Ich bin ganz einverstanden damit.“ Er beugte sich herab und raunte dem Käsbiermartei in's Ohr: „Du Bude, dem eilt's eben so wenig wie mir.“

Einen Augenblick sah der Lauge erschrockt auf. Aber er hatte sich ja — bedenkten lassen! Sofort senkte er wieder den Kopf und schmunzelte die Tischplatte an.

Der Sternsteinhofer winkte den andern Tischgenossen mit laudenden Augen zu. „Hilt' geh' ich, mir meine Noß anschauen,“ sagte er.

„Da geh'n mer mit,“ krien alle laudend. „Wir müssen ja,“ lärmte einer, „schon damit kein Abreden statfind' zwischen 'm Alten und 'm Bub'n!“

Der Alte hob drohend den Finger gegen den Vorlauten. „Du! so was sag' nit! das is mehr kein G'wah! Unebrlich wär' ja eb' verpöcht.“

Toni sah im Hofe auf dem Verschluß eines großen Wasserhofs, in welchen das Rohr der Dachrinne mündete.

„Seg', etwa mit dem Beckenbeim 'Bekten' ungelangt.“

Als die spektakulierende Scher aus dem Flur trat, lief eine Kellnerin von ihm hinweg, mit der er eben geschäkert hatte.

„Schau' du Grasteufel! Du hast's noi, af Lotterien g'denken,“ sagte der Sternsteinhofer. „Den! du lieber an deine neun Jahr.“ Er fakte ihn an einem Knäpse der Poppenklappe und gab ihm einen kleinen Kuck. „Neun Jahr' hat er noch, Manner, und parier'n und ja sag'n beißt's (wieder ein Kuck) — beim Kinderufen — sonst ging's ihm übel!“ Er gab ihm einen derben Schlag auf die Schulter und ohne auf die teils verduhten, teils verärgerten Gesichter seiner Geseitnänner zu achten, schritt er gegen den Schuppen, unter welchem Käsbiermartei's Wagen stand, ganz ernsthaft seine Rade schliegend: „Ja, ja, sein gar streng die Krieg'sg'richten.“

Nachdem man die Pferde beugenscheinigt hatte, kam er wieder über den Hof zurück. „Komm mit,“ sagte er im Vorbeigehen zu Toni und als sie in die Wirtschaft eingetreten waren, stellte er sich dem Burden gegenüber und ihn gerade ins Auge lassend, begann er: „Gora' mal auf und verließ' mich wobl. Es soll sich hilt' weisen, ob auch dir dein's Vaters Will' höher gilt wie dein eigener; d'rum erwart' ich kein' Widerred', wann ich dir sag': Du heirat'ü Käsbiermartei's Sali. Dös Zeit zu d'timmen, wann d'Hocheit sein soll, is nach Abmachen dir überlassen; du kennst alle Umstände, weißt, was d' s'agen hast, also brauch's kein lang V'innen. Red'!“

Der Burche blinzte dem Alten trohig in das Gesicht. „Wann mer eb' kein' Widerred' erlaubt is, was will ich denn machen? Gut, so heirat' ich halt d'Sali. Es is mer nur lieb, daß ich doch wenigstens selber dös Zeit bestimmen kann, wann das sein soll, und da hilt' ich auch mir jede Widerred' aus! Mich's schon sein, will ich drüber nit alt werd'n; in acht Wochen is Hocheit!“

In dem brausenden Gelärme, das jetzt losbrach, erstarrte ein unartikulierter Schrei des Sternsteinhofbauers.

„Wirt! Wirt! Wirt!“ — „Deht weßt, an wen d' dich g'halten hast!“ — „Der Sternsteinhofer zahl!“ — „Güll ein' frischen ein!“

Man schüttelte dem Alten die Hände, er stand und starrte sprachlos vor sich hin; erst als der Käsbiermartei hingetret und ihn mit beiden Armen an den Schultern

rüttelnd, rief: „So hast richtig g'wonnen, du Himmelakra, du?! No, sein dir vergnüt dös zwei Braum', sein dir vergnüt, weiß's dein Bub' so gut mit meiner Dirn' meint!“ da schien der Sternsteinhofer wieder zu sich zu kommen, er stieß den Lauge von Seite, wies widerholt nach dem Tische, was die Wirtsaugen, da eben die frisch gefüllten Krüge hin gestellt wurden, einer freundschaftlichen Einladung gleich er achteten, dann fakte er den Toni über dem Esstische, mit einem Griffe, über den der Burche einen lauten Aufschrei nur mit Mühe verließ, führte ihn aus der Stube, zerrte ihn in einen finstern Gang, der an den Flur stieß und drängte ihn dort in eine Mauerecke. „Sundling, elendiger, leuchte er, mit'm Weitschnecken schlag ich dir'n Schädel ein beim Heimfahr'n und Ameiß' dich in' Strohhengden.“

„Hilt' närrisch,“ äagte der Burche, mit verzerrtem Gesichte sich unter dem harten Griffe des Alten krümmend, „was hab' ich dir denn g'tan?“

„Ab'fartest war's Ganze, um Haus und Hof hast's mich betrogen!“ Er riß den zappelnden Burchen an sich und warf ihn dann an die Wand, daß es drönte.

„Nit nochmal rühr' mich an!“ freischte der „Ritz' mich nit an, sonst läreht' ich um Hilt'! — Ich weiß von mir, und wann's wär, wie du denkst, wer hat dich denn weiten g'weihen, wer hat dich denn gezwungen, Wort und Hand' schlag zu geben? Das all's hast freiwillig und er'wählter hilt' wobl 'n der Ausnahm', wenn du dir nit merken laßt, als wenn du Ramm idlogst und af'n Hof zu'n G'pökt 'n Deuten als der g'fartete Stob'ng'ideite unter d' Augen gehst.“

Toni verstand sich überhaupt nicht darauf, seinem Vater einen Wunsch an den Augen abzuheben, derjenige aber, der jetzt aus demselben laudete, war doch etwas gar zu unuerdlich. Hätten Blide die Nacht, zu versteinen, zu verlegen, zu vergiften, der Burche wäre nicht lebend von der Stelle gekommen. Wöllich kämpfte sich dem Alten der Mund und die ganze untere Partie des Gesichts zusammen, als ob er eine unerste, heisse Frucht zwischen den Zähnen hätte. Er fehrte dem Burchen den Rücken zu und schritt langsam nach der Wirtstube zurück.

Dort sah er, in sich gelehrt, wortfarg, und leerte fleißig sein Krüglein.

Den Frieden mit Rußland.

Oberst Malone, Mitglied des englischen Parlaments, der kürzlich aus Sowjetrußland zurückgekehrt ist, macht in den "Foreign Affairs" folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die Gründe für einen Friedensschluß mit Rußland sind augenfällig. In militärischer Hinsicht hat Rußland heute die größte, am besten gerüstete und wirksamste Armee in Europa. Volkswirtschaftlich, vom selbstlichen Standpunkt aus, ist der Friedensschluß ebenfalls eine augenscheinliche Notwendigkeit. Ganz Osteuropa leidet unter so schrecklichen Entbehrungen, daß es fast unmöglich ist, sich das hier vorzustellen. Man vergleiche die jetzigen Preise von Waren wie Fleisch, Bauholz oder Jute in Großbritannien mit denen, die galten, als die großen Ueberflüsse, welche aus Rußland zu kommen pflegten, noch verfügbar waren. Der Mangel, der in Rußland an Rohstoffen herrscht, sollte ein Anreiz sein, mit diesem Land in Handelsbeziehungen zu treten. Selbstverständlich ist der Friede mit Rußland kein Abwehlmittel für die europäische Kol. Diese kann nur durch das restlose Inangriffnehmen aller Räder des Handels und der Industrie und einer Verringerung des bisherigen Systems, das 90 v. H. der Bevölkerung für die übrigen 10 v. H. arbeiten ließ, beigelegt werden. Das letztere ist wichtig, weil es der starke Grundton der kommunistischen Kräfte in allen Ländern ist, die man nicht länger vernachlässigen kann.

Wer steht andererseits dem Frieden mit Rußland feindlich gegenüber? Als erste sehen wir die reaktionären Konventionen unseres Landes, die fürchten, daß ein Friedensschluß mit Rußland eine Ausbreitung von sozialistischen Ideen mit sich bringen würde. Es ist schwer — nein, unmöglich! — die Ausbreitung einer Idee durch Maschinengetriebe anzuhalten. Tatsächlich erzielt diese Maßnahme gewöhnlich den gegenteiligen Effekt.

Anders ist Herr Winston Churchill mit seiner unnötigen Einmischung in russische Angelegenheiten einer der besten Freunde Daniels und hat viel zur Festigung der bolschewistischen Kräfte beigetragen. In allen Hauptstädten Europas befinden sich eine Menge von Emigranten, Geldleute und andere, die ein kostspieliges Leben auf Grund ihrer im Ausland investierten Kapitalien führen, und, wenn es ihre kostbare Zeit erlaubt, Ränke schmieden. Sie bestärken die Seditiosen, sie verfassen Schmähchriften, halten Meetings ab, treiben Propaganda und versuchen in jeder Weise, die öffentliche Meinung gegen die russischen Bauern und Arbeiter aufzuheizen. General Mannerheim ist eine der stärksten Kräfte dieser Art und steht mit den reaktionären Geheimorganisationen ganz Europas in Verbindung.

Der monarchistische Staatsstreich in Berlin ist das Verfallszeichen desselben Unterseebootes, das nur in einem andern Viertel Europas aufsteht. Reaktionäre Truppen zu diesem Streich wurden unter v. d. Golz in Ostland vorbereitet. Als Herr Churchill von der Gefahr erfuhr, drängte er auf die Zurückhaltung dieser Truppe als einer starken Waffe gegen den Bolschewismus, statt auf ihre Entlassung zu dringen. Das Resultat war: Der Oberste Rat ordnete offiziell die Demobilisierung der v. d. Golz-Armee an, während im geheimen Anordnungen gegeben wurden, die Auflösung so langsam wie nur möglich vorzunehmen. Churchill ist tatsächlich kaum mehr als ein Werkzeug der deutschen Monarchisten, die seinen anti-bolschewistischen Fanatismus denken, die Reaktion in Deutschland aufzurichten. Es erscheint aber wahrscheinlicher, daß die letzte Folge dieses reaktionären Wagnisses die sein wird, daß Deutschland in einen kommunistischen Staat verwandelt wird.

In dem Augenblick, wo ich diesen Artikel schreibe, wird gerade die Bildung des neuen finnischen Kabinetts berichtet. Viele hatten einen monarchistischen Staatsstreich durch Mannerheim befürchtet; er ist dem Wesen nach vollendet in der Zusammenlegung dieses Kabinetts, das eine Majorität von Reaktionären Ministern enthält. Finnland ist ein wichtiger Brennpunkt in Osteuropa. Er war der erste der befreiten Teile des ehemaligen russischen Kaiserreichs, der seine völlige Unabhängigkeit erhielt. Seine reaktionäre Regierung wird ein großer Hemmschuh bei dem Versuch der Herbeiführung eines allgemeinen Friedens sein, den das kleine kühne Finnland durch seinen Friedensschluß mit dem Bolschewismus eingeleitet hat.

Ohne Zweifel bestreute Mannerheim mit seinen Intrigen, die bolschewistischen Staaten gegen den Bolschewismus zu verbünden. Die Demokratie hat anders entschieden. Italien hat Finnland schon de facto de jure anerkannt und Graf de Brecht ist schon zum Vizepräsidenten der italienischen Regierung in Estland bestimmt worden. Lettland und Litauen sind ebenfalls von ihm anerkannt worden. Die Alliierten werden bald folgen müssen. Die gesamte Anerkennung der bolschewistischen und anderen Randstaaten wird viel dazu beitragen, die Lage in Osteuropa zu festigen.

Wenn wir zum Schluß die Lage in Rußland im besonderen und die in Europa im allgemeinen betrachten, sehen wir in jedem Land zwei starke Kräfte an der Arbeit: die internationale Reaktion und den internationalen Sozialismus. Andere politische Kräfte sind geringfügig, verglichen mit diesen. Wenn die Demokratie gerettet werden soll, wird es vielleicht noch einmal nötig sein, in Daniels berühmten Ruf einzustimmen: **Proletarier aller Länder, vereinigt euch!**

Amsterdam, 20. Mai.

Daily News schreibt zur letzten Erklärung Bonars Batos über die Munitionslieferung an Polen: Der Oberste Rat hat nicht einen Finger gerührt, um den Krieg im Osten zu verhindern. Die englische Regierung weigert sich, beim Völkerbundrat in Rom die polnische Frage aufzurollen, und zwar unter anderem aus dem Grunde, weil die Polen in ihren Angriffen erfolgreich gewesen sind und man sie der Früchte ihres ungeschicklichen Handelns nicht berauben möchte. Rußland will Frieden und hat den Wunsch danach noch vor Beginn der polnischen Offensive ausgesprochen und die beiden Armeen, die den europäischen Frieden garantieren wollten, beschloßen, daß soweit sie in Frage kommen, Rußland nicht Frieden, sondern Krieg haben sollte.

Wahrscheinlich Gazette schreibt, es wäre besser gewesen, Bonar Batos hätte, anstatt unwürdige Ausflüchte zu machen, ganz deutlich angegeben, daß die englische Regierung bis zum Paße in den polnischen Unternehmen steht. Das Telegramm des Königs

für das Schicksal der Regierung voll verantwortlich ist, die Munitionslieferungen, die Unterstützung General Bongs auf der Arme, der damit prüft, daß er für die Offensive fertig ist, alle diese Tatsachen reden dieselbe unabweisliche Sprache. Nicht ein Mensch von historischem Instinkt kann glauben, daß keine fremde Invasionsarmee dem ungeheuer ausgedehnten Lande freien Willen auszuüben können. Es gibt nur ein richtiges Verfahren, das ist: Rußland in Ruhe lassen, die Wodade auszuheben, die Handelsbeziehungen aufzunehmen und für die Lösung der inneren Schwierigkeiten Rußlands auf die Zeit zu vertoun. Das ist die Politik, die die große Mehrzahl der Engländer wünscht.

Rotterdam, 20. Mai.

Die „Times“ wendet sich laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ in einem Vortragsartikel über den bolschewistischen Einfall in Persien gegen die englische Politik im Orient. Die Lage habe sich seit dem Abbruch des englisch-persischen Abkommens vollständig verändert. Kolonial und Deklin schienen damals noch einen starken Schutz gegen die Bolschewisten zu bilden, aber dieser Schutz besitze jetzt nicht mehr. Die „Times“ fordert von der Regierung eine deutliche Erklärung über ihre Politik im Orient und Beschränkung in der Uebernahme von Verantwortlichkeiten.

Eine Unterredung mit Tschischerin.

Paris, 19. Mai.

Ein Berichterstatter des „Zeit Parisien“, der sich 17 Tage in Sowjetrußland aufgehalten hat, berichtet unter anderem über eine Unterredung mit Tschischerin, in der dieser ausführlich: Frankreich ist das Land, das uns am feindlichsten gesinnt ist; es hat gegen uns Koltschak, Denikin und Juchenitsch bewoffnet, noch heute steht es hinter Polen; außerdem ist es das Land, das am wenigsten geneigt ist, mit uns Beziehungen anzuknüpfen. Was haben wir Frankreich getan? Der Friede von Brest-Litowsk hat Frankreich nicht geschädigt, denn viele deutsche Divisionen muhten an der Grenze bleiben und waren in der Ukraine und in den baltischen Provinzen beschäftigt. Tschischerin fügte hinzu: Wir weigern uns, die Anleihen des zaristischen Rußlands anzuerkennen. Sollte Frankreich seine Haltung gegenüber Rußland vollkommen ändern und es unterstützen, anstatt es zu bekämpfen, kann man vielleicht einige Verhandlungen vom finanziellen Standpunkt aus ableiten, aber nur in diesem Falle.

Bolkskterror in Finnland.

Bei der am vorigen Donnerstag legal tagenden Gründungsversammlung der sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands in Helsinki, die sich, wie wir bereits berichteten, von der alten sozialdemokratischen Partei abspaltete und den Beitritt zur dritten Internationale beschloß, erschien plötzlich der Stadtpolizeimeister und löste die Versammlung auf. Mehr Teilnehmer, meist bekannte Arbeiterführer, darunter ein Parlamentsmitglied, wurden ohne Angabe von Gründen verhaftet. Es war auch nicht festzustellen, von wem die Verhaftungen ausgingen, und die Polizei verweigerte darüber jede Auskunft. Der Minister des Innern wollte nichts von der Verhaftung wissen, die Polizei hätte eigenmächtig gehandelt usw. Trotzdem sind die Festgenommenen heute noch in Haft. Selbst die am Sonnabend tagende bürgerliche Juristenkonferenz bezeichnet die Sprengung als einen Rechtsfall.

Die traurigste Rolle spielte bei der ganzen Affaire die sozialistische Zeitung „Socialdemokratia“. Sie stellte die Behauptung auf, daß ein Telegramm von Kuntinen, der 1917 zum Tode verurteilt worden war, auf der Konferenz hätte vorzulesen werden sollen und sie sah darin die von der bürgerlichen Presse willkommen aufgenommene ausreichende Begründung der Rechtswidrigkeit.

Die Industriellen gegen die Ausfuhrabgaben.

Der bedrohte Profit.

Monatelang haben die Industriellen durch den Verkauf ihrer Erzeugnisse an das Ausland unerhöht hohe Gewinne bezogen. Die Dividenden aller Aktiengesellschaften sind auf eine Höhe gestiegen, wie sie niemals vorher erreicht war. Unser Verlangen, diese Riesengewinne für die Allgemeinheit nutzbar zu machen, weil sie gleichzeitig mit einer gewaltigen Verschlechterung der inländischen Versorgung der Bevölkerung verbunden war, und unsere Forderung nach der Einführung eines sozialistischen Ausfuhrmonopols ist ungehört verhallt. Spät, so spät, daß aus dieser Maßnahme nichts Ersprießliches mehr herauskommen konnte, hat das Reichswirtschaftsamt sich entschlossen, eine Abgabe von 10 Prozent auf die auszuführenden Erzeugnisse zu legen.

Obwohl diese Abgabe die Riesengewinne der Industrie kaum nennenswert beeinträchtigen würde, laufen die Industriellen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften gegen diese Abgabe Sturm. Unter Führung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten hat am Mittwoch die gesamte Deutsche Maschinenindustrie in einer großen öffentlichen Kundgebung gegen diese Ausfuhrabgabe Stellung genommen. Es wurde mit Arbeiter- und Anstaltensdelegationen gedroht und der Verordnungs der Regierung der härteste Kampf angekündigt.

Das ist der „Nationalismus“ derselben Herren, die monatelang die Oeffentlichkeit mit dem Schlachtruf: „Für Arbeit kann und wollen wir gegen die Arbeiter und Angestellten aufstehen“ haben und die nun, wo eine geringe Verringerung ihrer Rieseprofiten erfolgen soll, vor der Stilllegung ihrer Betriebe und vor der Entlassung zehntausender Arbeiter und Angestellten nicht zurückweichen.

62 Prozent Dividende.

Die Preise für Velleidungsware steigen ins Riesenhafte, aber in gleicher Höhe auch die Gewinne der Unternehmer, die diese Waren herstellen. Im Geschäftsjahr 1919 betrug die Norddeutsche Wollkämmerei in Bremen, die jetzt ihren Geschäftsabschluss veröffentlicht, ihren Betriebsgewinn von 4.463.006 Mark auf 16.848.222 Mark. Nach Abzug der Zinsen und selbst nach Abschreibung von mehr als einer Million verbleibt ein Reinertrag von 15.485.731 Mark gegenüber einem Ueberschuß im Jahre 1918 von 3.549.704 Mark. Um diesen Riesengewinn aber nach außen hin nicht in die Erscheinung treten zu lassen, will die Gesellschaft nur 12 Prozent Dividende zahlen anstatt 10 Prozent im Vorjahre. Aber auf jede Art soll ein nach fünf Jahren höherer Gewinn auf 600 Mark mit Anrecht auf die Hälfte des Restgewinns, der auf die Einnahme als Jahresdividende ent-

fällt, groß an gegeben werden. Das Top Dividendenkapital 1919 Millionen Mark beträgt, werden durch die Gewöhnung der Gewöhnliche 114 Millionen Mark aus dem Reingewinn in Anspruch genommen. Rechnet man diese Vergütung prozentual um so erhalten die Aktionäre eine Gesamtvergütung von 62 Prozent.

Wie glänzend das Unternehmen floriert, geht auch aus der Tatsache hervor, daß in der Bilanz die Vorräte mit 70.800.000 Mark angegeben werden gegenüber 16.977.728 Mark im Vorjahre, die Ansprüche der Gläubiger zwar von 17.602.000 Mark auf 74.880.177 Mark gestiegen sind, doch auch die Forderungen der Schuldner des Unternehmens von 10.800.800 auf 44.881.841 Mark. Insgesamt hat also das Unternehmen außer dem angegebenen Betriebsergebnis von fast 17 Millionen Mark noch einen Gewinn von 82 Millionen Mark erzielt, der noch in den Vorräten steckt.

Die Industrie erzielt also Riesengewinne auf Kosten der ungeschulten Kulturbildung der Kaufleute und der Arbeiterschaft. Das sind die Folgen der starren Wirtschaftspolitik der Regierung.

Eine italienische Kommission nach Sowjetrußland. Nachdem zwischen Rußland und Italien eine Vereinbarung zustande gekommen ist, wird demnächst eine italienische Kommission nach Moskau fahren.

Gegen die Einfuhr von Kronenmünzen in der ersten norddeutschen Abzählungszone hat die deutsche Regierung durch eine rote Protest eingeleitet, die auf die rechtlichen und wirtschaftlichen Bedenken hinweist.

Betriebsräte.

Gesamtbetriebsrat der städtischen Arbeiter und Angestellten

In einer Vollversammlung aller Betriebsräte der Berliner städtischen Betriebe und Verwaltungen referierte Dietmar am Mittwoch über die Bildung des Gesamtbetriebsrats beim Magistrat gemäß § 68 des Betriebsrätegesetzes. Er legte in ausführlicher Weise die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Betriebsräte der Stadt und Vorkämpfer dar. Er betonte, daß der zu bildende Gesamtbetriebsrat große Aufgaben zu lösen hat, die über das Betriebsrätegesetz hinausgehen, ganz besonders wenn am 1. Oktober dieses Jahres das Gesetz Groß-Berlin in Kraft tritt. Nach kurzer Debatte, in der die Notwendigkeit des Zusammenfassens aller Betriebsräte beim Magistrat anerkannt wurde, folgender Antrag des zentralen Ausschusses angenommen:

Die heutige Versammlung der Betriebsräte der städtischen Betriebe und Verwaltungen beschloß: Der Bildung des Gesamtbetriebsrats des Magistrats Berlin wird zugestimmt. Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte wird beauftragt, sofort die notwendigen Vorarbeiten zur Einleitung der Wahlen vorzunehmen.

Genosse Theodor Silbermann schreibt und: In Moskau wird die am Montag stattgehabte Besprechung der Anwohner über die Auslösung einiger Worte und Ausführungen ein ganz anderer Mann in meine Redebunden hineingelagert worden. Ich habe ausgeführt: Die Angestellten haben im künftigen Produktionsprozeß noch ganz andere Aufgaben zu erfüllen als heute. Ihre heutige Stellung in derselben und ihre ganze Verantwortung machen es aber notwendig, die Angestelltenräte für ihre künftigen Aufgaben besonders zu schulen und vorzubereiten.

Betriebsräte! Die Bekanntgabe der Versammlungen der Betriebsräte erfolgt in Zukunft unter der Aufsicht der Gewerkschaften.

Gewerkschaftliches.

Drohende Arbeitseinstellung bei der Sverre-Havel-Tampf-Schiffahrt-Gesellschaft „Stern“. Die Schiffmannschaften bei der Sverre-Havel-Tampf-Schiffahrt-Gesellschaft haben der Firma ein Ultimatum gestellt. Sie fordern einen Lohn von 250 M. für Schiffsführer und Maschinenisten und 225 M. für Deckleute und Stewer. Dabei ist die Arbeitszeit vollständig ungeteilt. Während des ganzen Winters und im Frühjahr ist verhandelt worden, eine Verständigung mit der Firma zu erzielen. Die Firma hat schließlich den Mannschaften einen Vertrag aufgegeben und die Mannschaften, die sich streikten, entlassen. Die Organisation fordert außer den Löshnen die sofortige Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiterausführmittelglieder und außerdem eine Erklärung, daß die Firma sich bereit erklärt, einen Vertrag mit der Organisation über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuschließen. Wenn keine Verständigung möglich ist, muß mit einer ArbeitsEinstellung von Wington ab gerechnet werden. Die Firmen haben u. Herber und Robling sind in dieser Bewegung nicht mit eingegriffen.

Mitbestimmungsrecht der Charlottenburger städtischen Beamten und dauernd Angestellten. Nachdem den Bureauhilfsangestellten bereits im vorigen Jahr das Mitbestimmungsrecht zugesprochen ist, hat der Magistrat Charlottenburg gemeinsam mit dem Beamten- und Angestelltenausschuß Bestimmungen für das Mitbestimmungs- und Mitbestimmungsrecht der Beamten und Angestellten ausgearbeitet und beantragt bei der Stadverordnetenversammlung die Zustimmung. Die gesetzlich zulässige Zusammenfassung bei den Gruppen zu gemeinsamen Ausschüssen erfolgt auf ihren Wunsch; die Besetzung ist ebenfalls die gleiche, und noch wichtiger Tätigkeit im städtischen Dienst sollen künftig die dauernd Angestellten in den Beamtenverhältnissen überführt werden.

Die erste Vertreterversammlung des Gewerkschaftsbundes der Kommunalbeamten und angestellten Preussens am 16. Mai stellte die Statuten des Bundes, der Bezirks- und Ortsorganisationen fest und wählte damit endgültig den gewerkschaftlichen Zusammenschluß aller preussischen Kommunalbeamten und dauer-Angestellten. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin W. 62, Bülowstraße 14 III. Der Bund zählt im ganzen schon jetzt über 100.000 Mitglieder.

Zenerungsulagen im Groß-Berliner Expeditionsgewerbe. Der Metallwaren- und Bodenarbeiter sind in den gewerkschaftlichen Verbänden mit dem Soladerein Berliner Expeditionen ab 1. Mai folgende Lohnsätze zugestimmt worden: für Metallarbeiter, Expedient, Bodenarbeiter und Stollente 206 M., für jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren 107 M., für jugendliche Arbeiter über 17 Jahre 120 M. pro Woche. Vom 1. Juli ab erhöhen sich diese Lohnsätze auf 270 bzw. 100 bzw. 128 M. Der Lohn für Metallarbeiter beträgt ab 1. Mai 6 M. pro Stunde. Eine Versammlung der im Transporterwerbverband organisierten Arbeiter wurde diesem Lohn mit großer Mehrheit zu.

Die Streikleitung der Preussens stellt und mit, daß sie nicht, wie es in unserm Bericht sich die Auffassung des Gewerkschafts empfinden habe, sondern für die Durchführung der Massenkassation eingetreten ist, was die Versammlung am Mittwoch denn auch beschloß.

Wahung, Reichswehr, Spenden. Versammlung städtischer angesehener Schwerelegungsbedingter heute 2 Uhr im Redsaal „Rena Welt“. Spenden. Die Dienstleistungen

Jandorf's Pfingst-Angebot

Belle Alliance Str. - Gr. Frankfurter Str. - Brunnenstr. - Kottbuscher Damm - Wilmerdorfer Str.

Schuhwaren

Schwarze, braune, weisse Schuhe und Stiefel
zu aussergewöhnlich billigen Preisen

Trotz der billigen Preise verlange man Rabattmarken

JANDORF JANDORF JANDORF JANDORF JANDORF JANDORF JANDORF JANDORF JANDORF JANDORF JANDORF JANDORF

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Stilade Groß-Berlin.

Unser Büro bleibt vom Sonnabend, den 22. Mai 1920, mittags 1 Uhr ab bis einschließlich Dienstag, den 25. Mai (3. Feiertag), geschlossen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Stilade Berlin.

Da die beteiligten Organisationen dem gestrigen Beschlusse zugestimmt haben, beträgt der Lohn ab 15. Mai für Maler in Berlin und den Bezirken 5.50 Mark pro Stunde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin W. 54, Unterstr. 88-85.

Sonntag, den 23. Mai 1920, vormittags 9 Uhr (1. Pfingstfeiertag)

Verammlung

im „Rösliner Hof“, Köpplinger Straße 2.

Montag, den 24. Mai 1920, vormittags 10 Uhr (Pfingstmontag)

Verammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal II).

Es wird gebeten, alle auf Montage befindlichen Mitglieder und Helfer auf diese Verammlung aufmerksam zu machen.

Münzen, Briefmarken

kauft Großmann, Johannsstr. 4 Norden 10 621.

Spezial-Arzt

für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vorantonierte Krankheiten.

Metallankaufsstelle Osten

Andreasstr. 33, vis-à-vis der Markthalle - zahlt die höchsten Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Wilensky (Sibirjakow)

Die düstere Zeit der sibirischen Reaktion

Bekanntmachung.

Die Hauptkasse und die Kasse der Niederbarnimer Kreisparke in Berlin NW. 49, Friedrich-Str. 5, sowie deren Nebenstellen in: Berlin-Oberschönhauser, Schiller-Promenade 2, Berlin-Tegel, Schönberger Straße 12, Berlin-Reinickendorf, Refidingerstr. 2, Eiche Deutsche Straße 1 und Bernau (Mark), Adnigstr. 340 bleiben am Sonnabend, den 22. Mai 1920, geschlossen. Berlin, den 19. Mai 1920.

Den Mitstreibern der großen deutschen Revolution, dem Proletariat des 9. Novemberers

Emil Barth: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution Preis Mark 2.50

Soeben erschien die neueste Schrift von N. LENIN

Die große Initiative Das Arbeiten im revolutionären Staat Die Kommunist, Samstage Preis 1 Mark.

Spezial-Arzt

für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vorantonierte Krankheiten.

Gallenstein Antigallin Insetrate

Soeben erschienen: Das Exekutiv-Komitee d. kommunistischen Internationale an die deutschen Arbeiter.

Kupfer Messing Rotguß Zinn Quecksilber Sämtl. Metalle Platin Gold-, Silber-, Abfälle Zahngebisse

Spiralbohrer Werkzeuge Feilen Schmirgelleinen Holz- u. Maschinenschraub.

Metall-Zentrale 1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz

Kupfer Rotguß Messing

Alte Gebisse J. Herz

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind: Der Metallarbeiter Paul Brandecker.

Paul Vogel, Nordufer 11, am 19. Mai.

Karl Klatt, Oldenburger Str. 38, am 12. Mai.

Rudolf Seydler, Ehre ihrem Andenken Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher

Stilade Berlin

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied und Funktionär unserer Branche, der Lackierer Paul Sigismund.

Zinn

Kg. 36.- Mark, kauft Sliotmans,

Möbel

gegen Bar und Teilzahlung in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Metallbetten

Sehrdreh-, Sechsdreh-, Kinderbetten, Feder- u. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Demnächst erscheint

Kataja: Der Terror der Bourgeoisie in Finnland.

Verlag BEF, Amsterdam. Auslieferung in Deutschland l. Buchhandl. u. Organisationen: A. Seehof & Co. Verlag, Berlin N 24, Auguststr. 60.